Die Sozialdemokratie und der Krieg.

Eine Zeit- — keine Streitfage.

Ein Wort an die Arbeiterschaft

von

PAUL SCHREYER.

Preis: 10 Pfennig.

Kopenhagen, December, 1914.
Verlag:
Solidaritet, Kopenhagen.
Nørrebros Centraltrykkeri.

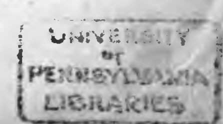


I. *In ernster Stunde.*

Schwere, dunkle Wolken lagern über Europa. Der solange befürchtete Weltkrieg ist zur Wirklichkeit geworden. Unter seinen vernichtenden Schlägen sinkt die heutige Kultur in Trümmer. Jedoch nicht nur die heutige »Kultur«, die auf der Ausbeutung der schaffenden Bevölkerung und der Unterdrückung des besitz- und rechtlosen Volkes beruht, vernichtet ihre eigenen Schöpfungen auf den Schlachtfeldern Belgiens, Frankreichs, Polens, Galiziens u. s. w. Auch die neue Kultur, die das werktätige Volk durch seine Kämpfe, sein Ringen, geführt und verkörpert durch die sozialdemokratische Bewegung, sich schaffen wollte, ist vom Brausen des Weltkrieges, vom Sturm des Nationalismus, der Völkervernichtung, des Massenmordes hinweggefegt worden.

Schon immer haben wir Anarchisten die Arbeiterschaft darauf hingewiesen, dass es so kommen würde, dass bei einem drohenden Kriege die Sozialdemokratie keine Bürgschaft für den Frieden bieten würde, ja, dass dieselbe bei einem ausgebrochenen Krieg denselben selbst unterstützen würde, also auf Seite der Herrschenden gegen die Proletarier der anderen Länder ins Feld ziehen würde. Deshalb wurden wir als Verläumder hingestellt, deren Behauptungen nicht zu beweisen seien. Vertraute doch die Arbeiterschaft zu sehr auf die Friedensbeteuerungen, die ihnen von den sozialdemokratischen Führern so reichlich geboten wurden.

Und nun diese Ernüchterung! Jetzt, wo tausende und abertausende junger Männer ihr Blut verspritzen sollen und schon verspritzt haben, wo Lazarette, Krankenhäuser, Hilfslazarette u. s. w. von hunderttausenden verwundeter, ver-



krüppelter Männer überfüllt sind, wo fast jede Familie ein Opfer des Krieges zu beklagen hat, wo die fruchtbaren Gefilde im Osten und Westen riesige Totenfelder und Trümmerhaufen geworden sind, da pochen die knöchernen Finger der Verzweiflung an die Hirne der Arbeitermassen. Sie erkennen den furchtbaren Irrtum, dem sie zum Opfer gefallen sind mit ihrem Glauben, dass die Sozialdemokratie ein Fels sei, an dem die Wogen des Krieges zerschellen würden. Sie hofften in der Sozialdemokratie die Führerin im Kampf gegen den Krieg zu haben. Und nun erkennen sie, wie unsere gegenteiligen Behauptungen sich bewahrheiteten.

Nicht einmal versucht hat es die Sozialdemokratie, sich ernstlich dem drohenden Sturm des Weltkrieges entgegenzustemmen. Im Gegenteil, sie bot alles auf, auch den Arbeitern den Krieg schmackhaft zu machen. Sie bemühte und bemüht sich noch, alles zu fördern, was dem Lande, d. h. der *Regierung*, den Sieg versichern könnte. Die Scharen der besitz- und rechtlosen Proleten, die bisher in dem Glauben waren, dass sie kein Vaterland besitzen, welches sie verteidigen müssten, dass sie nur einen Feind zu bekämpfen haben, das internationale Ausbeutertum, diese wurden nun von der »internationalen« Arbeiterpartei aufgefordert, ihre Pflicht gegenüber demselben Vaterlande zu tun, das sie bisher unterdrückte und in Elend und Not erhielt. Die nationale Leidenschaft feiert Triumphe in der Arbeiterpresse, in den Parteikundgebungen. Und dies ist nicht nur in Deutschland der Fall, auch die anderen Länder bieten desselbe Bild. Vanderfelde wird Verteidigungsminister in Belgien, Guesde und Sembat werden Mitglieder des Ministeriums der nationalen Verteidigung in Frankreich. In der Schweiz, in Holland, in Scandinavien bewilligen die Sozialdemokraten die Militärkredite zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit.

Die Arbeiterschaft wird teils mitgerissen von diesem Chauvinismus, teils fügt sie sich in stumpfer Verzweiflung wie in ein Unabänderliches. Grosse Kreise der Proletarier fragen sich aber nach den Gründen dieser Haltung ihrer Partei, der Sozialdemokratie. Und sie glauben, verschiedene

zu finden. Da sind die einen, die da sagen, die Massen seien nicht reif gewesen, die nationale Idee hätte diese mit fortgerissen, und so konnten die Führer nicht anders handeln. Da sind die anderen, die da behaupten, die Führer seien zu feige gewesen und hätten aus Furcht vor dem Gefängnis in das patriotische Horn gestossen, die seien gekauft oder übertölpelt worden. Da sind dritte, die glauben, dass die Arbeiterschaft, vom imperialistischen Interesse erfüllt, glaubte, durch einen Sieg Kolonien, und damit grössere Absatzmöglichkeiten für das heimische Wirtschaftsleben gewinnen zu können, wodurch auch das werktätige Volk eine Besserung in seiner Lebenshaltung erhalten würde. Gewiss, eine Anzahl Gründe, deren jeder einzelne an sich schon einer Bankrotterklärung der bisherige Tätigkeit der sogenannten modernen Arbeiterbewegung gleichkommt, die aber doch nicht den Kern der Frage treffen, der darin besteht, dass die Sozialdemokratie *so handeln musste,* als es geschah und noch geschieht, dass die Stellungnahme für den Krieg nichts weiteres ist, als *logische Konsequenz sozialdemokratischer Anschauung und die zwingende Fortsetzung ihrer Tätigkeit.*

Dass die Arbeiter etwas anderes erwarteten von der Sozialdemokratie, ist nur ein Zeichen dafür, dass denselben bisher nicht die klare Erkenntnis über das wahre Wesen der Sozialdemokratie zum Bewusstsein gekommen ist. Heute, in der erschütternden Wucht des Weltbrandes, zeigt sich der Unterschied zwischen sozialdemokratischen Anschauungen und Arbeiter-Hoffnungen, zwischen den sozialdemokratischen Parteizielen und Parteiinteressen und den Zielen und Interessen des werktätigen Volkes

Heute, in diesen ernsten Stunden, wo mehr als eine Welt in Trümmer geht, hat deshalb die Arbeiterschaft alle Ursache, nüchtern, aber scharf zu prüfen, was sie aus der Gegenwart lernen muss, und darnach in der Zukunft zu wirken, damit sie nicht nochmals dazu verdammt sei, nach Jahren des Friedens wiederum das Blut ihrer kräftigsten Söhne im Interesse der Volksausbeuter und Volksunterdrücker dahin zu geben.

II. *Der Ziele der Socialdemokratie und der Krieg.*

Jeder Mensch, der sich eine bestimmte Anschauung gebildet hat, muss, wenn er die Anschauung in die Wirklichkeit umsetzen will, derselben entsprechende Einrichtungen zu schaffen, oder von den vorhandenen diejenigen zu benutzen versuchen, die im Rahmen seiner Anschauung liegen, also denselben entsprechen. Er muss ferner zur Erreichung dieses seine Zieles bestimmte Wege einschlagen, auf denen er, langsamer oder schneller, der Verwirklichung seines Wollens näher rücket. Seine Anschauung hat bestimmte Formen des zu erreichenden Zieles zur Folge, wie diese wieder bestimmte Unternehmungen zu ihrer Verwirklichung nötig machen.

Was für den einzelnen Menschen gilt, gilt aber mit gleicher Notwendigkeit für eine Zusammenfassung von Menschen mit gleichen Anschauungen — für eine Partei. Sie sammelt ihre Anhänger unter gewissen Grundprinzipien. Diese Grundprinzipien über die Gestaltung des Gesellschaftsleben erfordern eine ihnen entsprechende Form der Organisation der Beziehungen der Menschen unter einander, also des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens. Liegen nun in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Einrichtungen derartige Organisationsformen, die den Grundprinzipien der Partei entsprechen, so muss sie dieselben benutzen für die Durchführung ihres Zieles. Ist dies nicht der Fall, so muss sie bestehende Organisationsformen entweder ihrem Zukunftswollen entsprechend umzuändern versuchen, oder die Schaffung neuer Organisationen unternehmen. Des weiteren muss eine Partei eine dem Ziel entsprechende Richtung für ihren Kampf einschlagen. Sie muss eine dementsprechende Betätigung gegenüber den heutigen bestehenden Einrichtungen ausüben, wie auch ihre Taktik darnach einrichten.

Diese Konsequenzen gelten mit gleicher Notwendigkeit auch für die sozialdemokratische Partei. Sie muss zur Verwirklichung ihres Zieles Organisationsformen wollen, die ihren Prinzipien entsprechen. Sie muss ihr Verhalten gegenüber allen heutigen Einrichtungen nach gleichen Prin-

zipien einrichten. Die Taktik, die Form ihres Kampfes ergibt sich aus ihren Prinzipien, ihrem Ziele.

Ist nun die jetzige Haltung der Socialdemokratie die logische Folge ihres ganzen Wesens? Untersuchen wir ohne Parteileidenschaft diese Frage, so werden wir sie *bejahen* müssen. Gleich dem kommunistischen Anarchismus ist die Sozialdemokratie durchdrungen von der Notwendigkeit der Beseitigung des Privateigentums an Grund und Boden, Bergwerken, Fabriken, Maschinen u. s. w., da sie im Privateigentum die Ursache der Ausbeutung der schaffenden Bevölkerung, den Grund also für das Elend des Volkes, erblickt. Doch ist man Gegner des Privateigentums, so erhebt sich die weitere Frage, wer soll, nach Aufhebung desselben, der Besitzer sein? Wer soll die Herstellung der Produkte, die Verteilung der Gebrauchsgüter in der neuen Ordnung leiten? Kurz gesagt, wer, welche Körperschaft, welche Organisation soll den Gang des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens bestimmen? Die Sozialdemokratie löst diese Frage in Konsequenz ihrer demokratischen Anschauungen dadurch, dass sie dem Staat, als der Verkörperung der Gesamtheit, diese Aufgaben überträgt. Durch eine representative Körperschaft, bestehend aus wom Volke gewählten Vertretern, werden alle Fragen der weitmöglichst zentralisierten Produktion bestimmt. Die Sozialdemokratie gebraucht also zur Verwirklichung ihres Zieles den Staat. Ist es da nicht selbstverständlich, dass sie die bestehenden Staaten benutzen will, um aus ihnen Träger ihrer Zukunftsorganisation zu machen? Deshalb in allen Ländern nationale Parteien, die im Rahmen ihres betreffenden Staates ihren Kampf führen. Und die heutigen Staaten sind zumeist ausgesprochene Nationalstaaten. Dort aber, wo dies nicht der Fall ist, tritt ein Teil der Sozialdemokraten ein für eine Autonomie (Selbständigkeit) der betreffenden Nationen, für einen Nationalstaat also, wie in Böhmen u. s. w. Während der andere Teil nur die jetzt bestehenden Staaten als Organisationen zur Durchführung des sozialdemokratischen Zukunftzieles gelten lässt, sich also im zentralistischen Eifer gegen den mehr föderalistischen Charakter der natio-

nalistisch-sozialdemokratischen Bewegung wendet. (Siehe österreicher Sozialdemokratie gegen die böhmischen Separatisten, deutsche Sozialdemokratie gegen die polnische Sozialdemokratie. (P. P. S.). In beiden Fällen aber ist die treibende Kraft die Erkenntnis von der Notwendigkeit selbständiger Staaten [ergibt sich aber nun die Pflicht alles zu Sozialismus] als Vorbedingung für den demokratischen Sozialismus.

Aus dieser Erkenntnis der Notwendigkeit freier, selbständiger Staaten ergibt sich aber nun die Pflicht, alles zu unterstützen, oder zu unternehmen, was die Selbständigkeit derselben schützen kann, wenn dieselbe bedroht ist von irgend einer Seite. So musste die Sozialdemokratie in Friedenszeiten mit für die Ausgestaltung des Militarismus eintreten, soll doch Heer und Flottenwesen der Verteidigung des Vaterlandes dienen.

Nun kommt die Stunde, wo die Unabhängigkeit des eigenen Staates in Gefahr kommt, sei es durch einen direkten Angriff, sei es durch andere feindliche Massnahmen seitens einer fremden Macht. Da ergibt sich für die Sozialdemokratie dann die bittere Notwendigkeit, ebenfalls den Krieg mit zu wollen, um nicht die Vorbedingung für ihr Ziel, den selbständigen Staat, schwächen oder unterdrücken zu lassen. Dasselbe Gebot, die Unabhängigkeit des Vaterlandes zu schützen, das den Patrioten an die Grenze treibt, gebietet auch den Sozialdemokraten, zur Armee zu eilen, um die nationale Selbständigkeit verteidigen zu helfen. Es hilft in solchen Momenten alles frühere Friedensgeschwätz nichts, da diesem Friedensgeschwätz die prinzipiellen Unterlagen in dem Zukunftswollen der Partei fehlen.

Doch sehen wir weiter. Will die Sozialdemokratie den Staat als Organisator für das Wirtschaftsleben der Zukunft, so will sie die Verwaltung der Staatsorganisation nach demokratischen Prinzipien durchführen. Das Volk als solches soll (in der Theorie wenigstens) die Gesetze geben, die für das Volksganze gültig sind. Dass diese Volksgesetzgebung auf Grund eines represantiven Systems, also von gewählten Vertretern, ausgeübt werden muss, ist dann ein selbstver-

ständliches Gebot des praktischen Lebens. Ist es doch ausgeschlossen, dass das Volk in Wirklichkeit selbst zu allen Fragen des staatlich-wirtschaftlichen Lebens Stellung nehmen kann, um dieselben gerecht und gut entscheiden zu können.

Nun haben alle modernen Staaten, der eine mehr, der andere weniger, schon Ansätze in der Entwicklung zu einer derartigen sogenannten Volksgesetzgebung. Die Ausgestaltung derselben in mehr freiheitlichem Sinne ist also die Aufgabe der Sozialdemokratie. (Wenn wir hier von einer Ausgestaltung in mehr freiheitlichem Sinne sprechen, so meinen wir damit selbstverständlich die sozialdemokratische Auffassung von der Möglichkeit freiheitlicher Staatsorganisationen. Als Anarchisten wissen wir, dass im Grunde genommen alle freiheitlichen, demokratischen Einrichtungen die Freiheit des Einzelmenschen eben so unterdrücken, unter Umständen noch mehr, als sogenannte reaktionäre Staatseinrichtungen.) Werden nun, in, für die Existenz der Staaten schwierigen Lagen, von Seiten der Herrschenden den Oppositionsparteien Versprechungen in Hinsicht auf eine bessere Ausgestaltung dieser demokratischen Einrichtungen gemacht, so kann man verstehen, dass diese Oppositionsparteien sich einfangen lassen und als Gegengabe dem Staat in Gefahr zur Seite stehen. Und Versprechungen sind bei dem Kriege von allen Staaten gemacht worden. Dass auch seitens der deutschen Regierung den Sozialdemokraten Versprechungen gemacht wurden, wird die Zukunft lehren.

Doch nicht nur die bessere Ausgestaltung demokratischer Einrichtungen ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, sie muss alles abwehren, was die schon bestehenden Einrichtungen verschlechtern könnte. Und dieses wurde durch einen Sieg Russlands über Deutschlands von den deutschen Sozialdemokraten befürchtet. Die belgischen und französischen Arbeiter glaubten das gleiche von einem Siege Deutschlands über ihre »Vaterländer«. Deshalb zogen die Deutschen gegen Russland zum Schutze ihrer politischen Freiheiten, die Franzosen und Belgier gegen die Deutschen

ebenfalls aus dem Grunde, um ihre politischen Freiheiten vor dem deutschen Militarismus zu bewahren. Dass es der Hohn der Geschichte will, dass selbst die Russen (darunter auch der *ehemalige* Anarchist Fürst Peter Krapotkin) ihr Knutenreich gegenüber Deutschland verteidigen wollen, sei nur nebenbei erwähnt.

Fügen wir einen dritten Grund hinzu, der die Sozialdemokratie mit Notwendigkeit zu ihrer kriegsfreundlichen Haltung veranlasste. Die Sozialdemokratie will die Regelung aller Angelegenheiten in ihrem Zukunftstaat auf Grund ihres demokratischen Prinzips durchführen. Ins Leben übersetzt heisst dies, die Majorität, die Mehrheit der Volksgenossen, hat die Gesetze zu schaffen, die für alle, auch für die damit nicht einverstandene Minderheit, gelten. (Ob dieser Mehrheitswille durch tatsächliche Volksabstimmung oder durch Beschluss gewählter Vertreter festgesetzt wird, ist hier nebensächlich.) Nun ist es doch ausgeschlossen, dass eine Minderheit sich *freiwillig* jedem Beschluss der Mehrheit fügen wird. Sie wird immer versuchen, auch ihren Willen zur Geltung zu bringen, und sich nicht widerstandslos einem Gesetz der Mehrheit unterordnen. Dann ergibt sich für die Mehrheit die Notwendigkeit, ihren Willen der widerstrebenden Minderheit aufzuzwingen. Sie gebraucht dazu eine Organisation nach Art unserer heutigen Polizei, unserer Justiz, unseres Militärs. Man möge diese Sicherheitsgarde oder sonstwie nennen, im Wesen ist es dasselbe, nämlich eine Einrichtung, um widerstrebende Volksgenossen zum Gehorsam zu zwingen. Braucht die Sozialdemokratie eine solche Einrichtung zur Durchsetzung des Mehrheitswillens, rechnet man ferner hinzu, dass sie ebenfalls eine ähnliche Einrichtung gebraucht zum Schutze ihrer staatlichen Unabhängigkeit, so wird man es begreifen, dass sie dem Militarismus nicht als prinzipieller Gegner gegenübersteht, sondern nur das heutige System umändern will, im übrigen aber ebenfalls nach Kräften bemüht ist, das Heer (ob Volks-, ob stehendes Heer ist hier gleich) zu einer möglichst guten Waffe auszugestalten. Hat die Sozialdemokratie das Heerwesen nun mit ausgestalten helfen, und es

kommt die Stunde, wo dasselbe gebraucht wird, so ist es doch nur logisch, dass für die Anwendung des Heeres auch die Kredite u. s. w. bewilligt werden müssen. Schafft man sich eine Waffe, so will man dieselbe in der Gefahr auch gebrauchen. Schafft das Land sich eine Waffe im Heerwesen, so muss es dieselbe in der Not als letztes Mittel zur Anwendung bringen. Hilft die Sozialdemokratie an der Ausgestaltung des Heerwesens mit, so muss sie ebenfalls für die Ausnützung dieser geschaffenen Waffe gegen feindliche Widersacher sich ins Zeug legen.

III. *Der wissenschaftliche Sozialismus und der Krieg.*

Nicht nur ihre Ziele führten die Sozialdemokratie zu der kriegsfreundlichen Haltung, die sie gegenüber dem jetzigen Weltkrieg einnimmt, sondern auch ihre theoretischen Anschauungen über den Gang der Geschichte der menschlichen Gesellschaft. Die wissenschaftliche Grundlage, worauf die Sozialdemokratie, vornehmlich die deutsche, ihre Ansichten aufbaut, ist der Marxismus. Dieser sagt, dass als letzte Ursachen für die Änderungen im Gesellschaftsleben die Entwickelung der Produktivkräfte zu betrachten seien. Die Produktivkräfte, die Technik also, entwickeln sich von einfachen zu höheren Formen und führen dadurch alle Einrichtungen, die das menschliche Zusammenleben geschaffen hat, ferner die Anschauungen der Menschen ebenfalls zu höheren Formen. Die Entwicklung der Technik ist ein Prozess, der mit der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht abgeschlossen ist, sondern die heutige Höhe der Produktion ist schon teilweise den wirtschaftlichen und politischen Zuständen der heutigen Zeit über den Kopf gewachsen, und treibt mit Riesenschritten dazu den Widerspruch zwischen den bestehenden (kapitalistischen) Gesellschaftsformen und der erreichten Vervollkommnung der Produktionskräfte immer mehr zu enthüllen. Je mehr nun die Technik sich ausbilden wird, umso unerträglicher werden die bestehenden staatlichen Einrichtungen, die heutigen Eigentumsverhältnisse, mit derselben. Und

diese höhere Technik wird auch die Kräfte gebären, die diesen unerträglichen Widerspruch zwischen tatsächlicher Höhe der Produktion und beengenden Einrichtungen zersprengen werden. Die dann erreichte Vollkommenheit der Technik wird als unausbleibliche Folge den Sozialismus haben. Nach dem Marxismus ist der Sozialismus mit Notwendigkeit die Frucht der sich vervollkommnenden Produktionsweise. Aber ebenso ist jede andere Gesellschaftsform, der Feudalismus des Mittelalters, der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, der seit Ende des 19. Jahrhunderts sich entwickelnde Imperialismus ebenfalls notwendige Gesellschaftszustände, die die Menschheit durchlaufen musste. Und es ist an eine höhere Form des menschlichen Zusammenlebens nicht eher zu denken, als bis die bestehende Form durch die Vervollkommnung der Produktionsweise in Widerspruch mit derselben getreten ist. So ist es auch mit dem Sozialismus. So ist an dessen Verwirklichung nicht eher zu denken, als bis die Produktivkräfte, die den Imperialismus schufen, diesen Imperialismus in seiner ganzen Ausdehung entwickelt haben und endlich ihm über den Kopf gewachsen sind.

Daraus ergibt sich nun als logische Folgerung, dass der Mensch oder die Partei, die den Sozialismus wollen, darauf hinarbeiten müssen, dass die imperialistischen Tendenzen sich möglichst schnell entwickeln können, um so ihren Zusammenbruch möglichst zu beschleunigen. Nun liegt der Weltkrieg unbedingt im Interesse des Imperialismus. Jede Machtausbreitung eines Landes bedeutet für den Imperialismus eine grössere Ausbeutungs- und Entwicklungsmöglichkeit. Der heutige Kampf zwischen den Grossmächten ist letzten Endes nichts weiter als ein Kampf um die Vormachtstellung auf dem Weltmarkte für den heimatlichen Imperialismus.

Baut nun die Sozialdemokratie ihre Anschauungen auf obige Lehren des Marxismus (dem sogenannten »wissenschaftlichen« Sozialismus) auf, so ist es nicht zu verwundern, wenn sie auch den Weltkrieg unterstützt. Denn liegt derselbe zunächst zwar im unmittelbaren Interesse des Imperialismus, so ist seine weiterliegende Folge doch (in Kon-

sequenz marxistischer Lehren) ein Näherrücken des Sozialismus. Es kommt jede Ausbreitungsmöglichkeit des Imperialismus letzten Endes doch dem Sozialismus zu gute, da durch diese Ausbreitungsmöglichkeit für den Imperialismus, am ehesten die Bedingungen sich entwickeln können, die die Zersprengung des Imperialismus und die Ausreifung des Sozialismus bringen werden.

IV. *Parlamentarismus und Krieg.*

Den Weg, den die Sozialdemokratie zur Erreichung ihres Zieles beschreiten muss, ist der Parlamentarismus. Sie will durch Beteiligung an den Wahlen den Volksgenossen ihre Ansichten unterbreiten und sie dadurch veranlassen, ihre Stimmen den sozialdemokratischen Kandidaten zu geben. Auf diese Weise glaubt sie schliesslich die Mehrheit der Sitze in den verschiedenen Parlamenten mit ihren Parteigenossen zu besetzen, wodurch sie ausschlaggebend würde für die Gesetzgebung und sie dann, sind die wirtschaftlichen Vorbedingungen vorhanden, die Produktionsmittel in den Besitz, des Staates überführen kann. Wir haben hier uns weniger mit dem Parlamentarismus an sich zu beschäftigen, als wie mit seinem Einfluss auf die Haltung der Sozialdemokratie zum Krieg.

Bei der Wahlagitation dreht sich der Kampf zwischen den verschiedenen Parteien weniger um den ehrlichen Auftrag der eigenen Prinzipien, sondern der einfache Zweck ist, auf jede Art Wählerstimmen zu ergattern.

Es zählen bei dem Ergebnis der Wahl keine Überzeugungen, sondern papierne Zettel. Da müssen alle Parteien, auch die Sozialdemokratie, um möglichst viel Stimmen zu erlangen, den Wählern möglichst weit entgegen kommen. Nun wurzelt im gewöhnlichen Volke als Folge vererbter Anschauungen systematischer Erziehung im staatlich-kapitalistischen Sinne, unter andern freiheitsfeindlichen Ideen auch der Patriotismus. Es ist dies der Glaube, dass das Land, in dem man geboren ist, mehr wert sei, als andere Länder; dass die Regierung, unter der man lebt, ebenfalls besser sei, als

die Regierungen anderer Staaten; dass die eigenen Volksgenossen, reiche und arme, einem näher stehen als die Menschen in anderen Staatsgebilden u. s. f., dass also der Volksgenosse die Pflicht habe, das Land, zu dem er gehört, sein »Vaterland«, zu verteidigen in jeder Gefahr, und für die Grösse desselben sich aufzuopfern habe. Dieses patriotische Gefühl nutzen die Gegner in der Wahlagitation aus gegen die Sozialdemokratie. Diese aber kann nicht, wie wir vorhin sahen, in ehrlicher — prinzipieller Weise dem Patriosismus dadurch entgegen treten, dass sie die Falschheit desselben den Arbeitermassen aufzeigt. Sie mus also den anderen Parteien auf das schlüfrige Gebiet des Patriotismus folgen. Daher resultieren dann die im Brustton der Überzeugung abgegebenen Erklärungen, dass auch die Sozialdemokratie das Vaterland nicht wehrlos machen will, sondern im Gegenteil ebenfalls in der Stunde der Gefahr dasselbe verteidigen werde. Diese Haltung zum Patriotismus hat zunächst die Folge, dass die Arbeiter, die durch die trüben Erfahrungen des Lebens den Glauben an die väterliche Fürsorge des Vaterlandes schon verloren hatten, dass diese wieder patrotisch vergiftet werden und einem kriegerischen Gelüst der Herrschenden keinen ernsthaften Widerstand entgegenstellen können. Die andere Folge aber ist die, dass die Sozialdemokratie sich selber festgelegt hat, nun für Heeresvorlagen u. s. w. eintreten muss, und, in der Stunde der Gefahr, ebenfalls für den Krieg sein muss.

Die Tätigkeit der Abgeordneten in den verschiedenen Parlamenten hat ähnliche Konsequenzen zur Folge. Die Angelegenheiten, die im Parlament behandelt werden, sind alles Fragen, die im Interesse des Staates liegen. Dabei nehmen nun die Fragen, die die dauernde Existenz und ruhige Sicherheit des Staates, also der heutigen Ordnung, behandeln, den weitesten Raum ein. Dies sind nun die Fragen des Militarismus und Marinismus. Wie wir ebenfalls schon gesehen haben, kann die Sozialdemokratie diese Einrichtungen nicht grundsätzlich verneinen. Sie wendet sich nur gegen das heute herrschende System, dem sie ein anderes System der Verteidigung der Grenzen entgegensetzt.

Solange aber das heutige Militärsystem vorhanden ist, muss sie an der Ausgestaltung desselben mitarbeiten. So sind im Laufe der Jahre von den sozialdemokratischen Abgeordneten in den Parlamenten aller Länder Verbesserungsvorschläge in verschiedenen Richtungen gemacht worden. So brachte Jaurès, der nun tote Führer der französischen Sozialdemokratie, seine Reformvorschläge in seinem Buche über: »Die neue Armee« zum Ausdruck. So wurde von einem Teil der englischen Sozialdemokraten die Forderung auf Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England, an Stelle des Söldnerheeres erhoben. So erklärte sich der Parteitag der britischen sozialistischen Partei in den letzten Jahren für die Notwendigket für England, eine starke Flotte und ein starkes Heer zu haben u. s. w.

Diese Reformtätigkeit an Heer und Marine, die doch nur den Zweck hat, diese Einrichtungen möglichst wirksam auszugestalten, hat, wie wir schon einmal gesagt haben, nur dann einen Sinn, wenn man diese Waffen einmal benutzen will. Ebenso wenig, wie ein Haus gebaut wird, um nachher unbewohnt zu bleiben, ebenso wenig wird ein Heer, eine Flotte geschaffen und ausgestaltet mit grossen Opfern, um nachher als Spielzeug beiseite geworfen zu werden.

Wenn wir also an Hand der sozialdemokratischen Parteianschauungen und der Parteitätigkeit die Frage der Haltung derselben zu dem Kriege nüchtern prüfen, so kann uns dieselbe nicht überraschen. Diese Haltung der Partei bedeutet kein Versagen der Führer, wie ebenso wenig ein Versagen der Parteiangehörigen, sondern eine mit Notwendigkeit sich ergebende Stellungnahme.

An ihrem eigenen Prinzip gemessen, hat die Sozialdemokratie ehrlich gehandelt. Wenn aber von den Arbeitern eine andere Haltung der Partei erwartet wurde, so werden wir dies im folgenden Abschnitt behandeln.

Es wäre unsinnig, von einem Konservativen zu verlangen, dass er wie ein Liberaler handle. Es wäre gleich-

falls unbillig, von einem Christen zu verlangen, dass er wie ein Jude handle. Aber ebenso ist es ein Irrtum, von der Sozialdemokratie zu erwarten, dass sie anders handle, als ihre Parteiinteressen es erfordern. Diesen Irrtum muss die Arbeiterschaft nun mit bitteren Opfern bezahlen. Und dass dadurch eine Verzweiflung an dem Wert der Arbeiterbewegung überhaupt in den Herzen so mancher Proletarier aufkeimt, ist deshalb nur zu verständlich.

Gewiss, trotz dieser Notwendigkeit, die die kriegsfreundliche Haltung der Partei verursachte, war es nicht nötig, in dem Sinne widerlich — chauvinistisch zu werden, wie es die Parteipresse teilweise geworden ist. Aber auch dies ist erklärlich, es gilt auch hier das Sprichwort: »Gibst du dem Teufel (Patriotismus) den Finger, so nimmt er die ganze Hand (Chauvinismus)«.

V. *Arbeiterschaft und Krieg.*

Haben wir im vorstehenden die Frage der Stellungnahme zum Kriege vom sozialdemokratischen Standpunkt aus betrachtet, so wollen wir hier dieselbe aus den für die Arbeiterschaft massgebenden Gesichtspunkten behandeln. Wir haben zu Anfang schon einmal gesagt, dass dieser Weltbrand mit grausiger Deutlichkeit zeigt, welcher Widerspruch klafft zwischen den sozialdemokratischen Anschauungen und den Hoffnungen der Arbeitermassen, den Interessen der Partei und den Interessen des werktätigen Volkes.

Liegt irgend ein Grund vor, der den Proletarier veranlassen könnte, in irgend einer Weise freudig und freiwillig an einem Kriege teilzunehmen, um sein »Vaterland« zu verteidigen? Wir sagen *nein*, denn heute mehr als je ist der Satz berechtigt, dass der Proletarier kein Vaterland hat, das er verteidigen müsse, dass er nur einen Feind hat, den er zu bekäpfen habe, den internationalen Kapitalismus.

Nehmen wir das russische Vaterland. Es nimmt dem Arbeiter einen grossen Teil des Ertrages seiner Arbeit, um damit die Einrichtungen zu unterhalten, die ihn unterdrücken und es den Besitzenden ermöglichen, ihn auszubeuten.

Das russische Vaterland gebraucht ihn ferner, um ihm die besten Jahre seines Lebens zu verbittern während der niederdrückenden Dienstzeit in der Armee, in der Flotte. Es gebraucht ihn ferner dazu, dass er sich auf dem Altar des Vaterlandes der Reichen opfere, wenn *deren* Interesse es erfordert. Das russische Vaterland schliesst ihn, weil er arm ist, vom Wissen aus und bietet ihm in der Schule als Ersatz ein Surrogat von religiösen, patriotischen und sonstigen Lügen, die nur den Zweck haben, aus ihm ein möglichst williges und demütiges Ausbeutungsobjekt zu erziehen.

Und verlangt der russische Arbeiter oder Bauer vom Staat etwas, was ihm nützen könnte, oder versucht er, von seinem Ausbeuter höhere Lebensbedingungen zu erlangen, so giebt ihm der Staat für seine Bravheit und Dummheit die Knute. Er schickt ihn in die Gefängnisse, verbannt ihn nach Sibirien, lässt ihn in den Katorga-Gefängnissen elendiglich verrecken oder schlägt oder schiesst ihn durch seine Schergen nieder. Und da soll der russische Arbeiter Russland verteidigen?

Das gleiche gilt für Deutschland. Durch Steuern direkt, durch Zölle indirekt ausgebeutet, muss auch der deutsche Proletarier im Interesse der Herrschenden einige Jahre seines Lebens hinter Kasernenmauern zubringen. Er muss ebenfalls zur höheren Ehre des Vaterlandes sein Blut darbringen, desselben Vaterlandes, das seinen Hunger mit Gefängniss stillt, das seine Stimme hinter schwedischen Gardinen erstickt, das dem Arbeiter seine väterliche Güte mit Polizeisäbel und blauen Bohnen zum Bewusstsein bringt, wenn er es wagt, wider den Stachel zu löcken.

So ist es in Frankreich. Gleichfalls ausgebeutet und unterdrückt, hat auch dort der Arbeiter kein Recht auf eine menschenwürdige Existenz. Auch dort bekämpft die Regierung die Freiheitsbewegung und lässt die Freiheitskämpfer im Gefängnis schmachten oder deportiert sie. Auch dort treibt der Polizeiknüppel und die Gewehrkugel dem Arbeiter Vernunft ein. Pariser Kommune, Raon l'Etappe, Villeneuve St. Georges und eine Menge anderer Kriegsschauplätze des sozialen Kampfes sind Zeugen dafür. Auch

dort wird der junge Proletarier einer unwürdigen Behandlung ausgesetzt während der Militärzeit, ist er sehr unbotmässig so sind seine paradisischen Garnisonen in den Fiebergefilden Tonkins, in den Wüstengegenden Algeriens oder Marokko. Auch die französische Regierung zwingt ihn, sein Blut zum höheren Nutzen des Reichtums zu verspritzen.

Und dem Arbeiter blüht in allen Ländern das gleiche Schicksal, zur Ausbeutung und Sklaverei verdammt zu sein. Väterlich ist überall sein »Vaterland« gegen ihn gesinnt. Er muss gehorchen, damit *andere* herrschen können. Er muss schuften von früh bis spät, damit *andere* in Freude und Überfluss schwelgen können. Aus seinen Knochen presst der Unternehmer glänzendes Gold. Und das sogenannte Vaterland hilft dem Reichen bei diesem Werke, indem es unbotmässige Empörer niederknüppeln oder mundtot machen lässt.

Welches Gefühl sollte da den Arbeiter veranlassen, die Flinte auf die Schulter zu nehmen, um die Grenzen seines Vaterlandes, also seine *eigenen Ketten,* zu verteidigen?

Und wie verteidigen? Indem er seine Arbeitsbrüder, die der Zufall als Angehörige eines andern Staates zur Welt kommen liess, niederschiessen soll? Seine Leidensgenossen, die ebenso wie er unter der Unterdrückung schmachten, denen ebenfalls ihr »Vater« Staat und ihre heimische Kapitalistensippe vom so reichlichen Ertrage ihres Schaffens so viel überlassen, dass sie nicht gerade Hungers sterben müssen, die soll er töten? Gegen seine Arbeitsbrüder, die mit ihm Schulter an Schulter sich in den Fabriken abgemüht haben, die Seite an Seite mit ihm den Kampf um höheren Lohn, kurze Arbeitszeit udgl. geführt haben gegen das Unternehmertum, gegen diese soll er nun als Feind auftreten?

Waren sie nicht vordem seine Freunde, seine Kampfesgenossen gegen ihren gemeinsamen Feind, das Unternehmertum? Und nun sollen sie im Interesse dieses gemeinsamen Feindes sich gegenseitig abschlachten?

Das sind die Gründe, die für die Arbeiterschaft stets

eine unbeugsame Gegnerschaft zum Kriege erwecken müssen. Kein patriotisches Geplärre, keine Schmeicheleien der Regierungen, keine Parteiinteressen oder dergleichen dürfen dieses einzig ehrliche Gefühl verdunkeln.

Aber diese unbeugsame Stellung gegen *jeden* Krieg wird auch von keiner Notwendigkeit, die sich aus den Zielen des Freiheitskampfes der Arbeiter ergeben oder aus dem Arbeiterkampfe selbst hervorwachsen könnte, umgeworfen.

Wohin zielt die Freiheitsbewegung der Arbeiter? Mehr Lohn, mehr Freiheit zu erhalten. Dies ist nur möglich, wenn das heutige Privateigentum, das durch den Staat geschützt und gestützt wird, beseitigt wird. Die Masse der Schaffenden selbst muss die Leitung der Produktion, die Verteilung der Gebrauchsgüter übernehmen.

Die Arbeiter bilden freie, selbständige Gruppen, vereinigt auf Grund beruflicher, arbeitsgemeinschaftlicher oder sonstiger Interessen. Diese freien Gruppen regeln ohne den Einspruch einer andern Körperschaft das Wirtschaftsleben. Andere freie Gruppen regeln wieder die übrigen gemeinsamen Interessen, die aus dem menschlichen Zusammenleben sich ergeben. Es ist ein grosser Irrtum, den die Sozialdemokratie begeht, indem sie glaubt, das der Staat die Regelung des Wirtschaftsleben, in die Freiheit gewährendem Sinne, durchführen kann. Freiheit für die Menschheit kann nur dann existieren, wenn die Einzelmenschen frei sind. Die Einzelmenschen aber sind nur frei, wenn sie ihre eigenen Angelegenheiten selber ordnen können. Aufs Wirtschaftsleben übertragen heisst dies, dass sie sich mit anderen, die gleiche Interessen haben, verbinden, um durch diese Verbindung, auf Grund freier Verträge, ihre gemeinsamen wirtschaftlichen und sonstigen Angelegenheiten zu regeln.

Deshalb braucht die Arbeiterschaft auch für ihre Zukunftsziele keinen irgendwelchen Staat. Im Gegenteil, sie muss jedes Staatsgebilde als hinderlich für die Freiheit, und die heutige kapitalistische Ordnung stützend, bekämpfen. Die Arbeiterschaft hat also auch hier niemals eine Ursache, den Staat in irgend einer Weise gegen Angriffe zu verteidi-

gen. Für das Proletariat kann es gleich sein, ob ein eingeborener Herrscher oder ein fremder Eindringling die Herrschaft führt, da nationale Unabhängigkeit für das Proletariat keinen Pfifferling wert ist. Der Kampf desselben muss auf die *Beseitigung* der Staaten gehen. Die Verteidigung der Grenzen, damit die staatliche Grösse nicht geschmälert wird, muss die Arbeiterschaft denen überlassen, die ein Interesse daran haben.

Hat das Proletariat nun keine Ursache, einen Finger zu rühren für die Unabhängigkeit des Vaterlandes, so hat es ebenso wenig Ursache, Einrichtungen zu unterstützen, oder zu reformieren, die zur Verteidigung der Grenzen dienen sollen. Die Fragen des Heeres und der Marine können es nur so weit interessieren, als es gilt, diese Einrichtungen rücksichtslos zu bekämpfen. Gibt doch das Proletariat nicht nur den Ertrag seiner Hände Arbeit, um diese Einrichtungen möglich zu machen, sondern auch das Blut und Leben seiner Söhne. Und wozu? Damit das Heer, wenn es nötig ist, von den Herrschenden auch *gegen den sogenannten inneren Feind, gegen aufbegehrende Volksgenossen, gebraucht werden kann.*

Auch der Kampf der Arbeiter selbst erfordert eine ehrliche, rücksichtslose Stellung gegenüber jeden Krieg und jeden Militarismus.

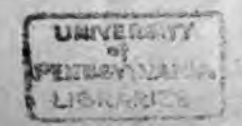
Die Arbeiterschaft kann nur dann ihren Freiheitskampf in wirksamer Weise durchführen, wenn sie denselben auf dem Felde führt, wo sie unentbehrlich ist, und deshalb eine Macht bedeutet. Dies Feld, wo die Arbeiterschaft eine Macht darstellt, ist das *Wirtschaftsleben.* Unentbehrlich, wie die Nahrung zum Leben, die Kohle für die Maschine ist, so unentbehrlich ist die menschliche Arbeitskraft für die Erzeugung aller Gebrauchsgüter. Man könnte alle Pfaffen, alle Richter, alle Bureaukraten, alle Regierenden u. s. w. ruhig ihres Postens entheben, ohne dass damit das gesellschaftliche Leben zum Stillstand kommen müsste. Man kann aber nicht für einen Tag der menschlichen Arbeit entraten, sondern ein Entziehen der schaffenden Hände würde das gesamte Wirtschaftsleben und alle übrigen Verhältnisse

in Verwirrung bringen. Deshalb muss die Arbeiterschaft als ihr hauptsächlichstes Kampfesmittel die *Verweigerung der Arbeitskraft* in Anwendung bringen.

Ist nun die Ausbeutung und Unterdrückung international, so muss deshalb der Kampf der Arbeiter gegen diese Unterdrückung und Ausbeutung ebenfalls international geführt werden. Die Arbeiterschaft eines Landes muss deshalb mit den Arbeitern aller anderen Länder in Verbindung treten, um mit ihnen den Kampf gemeinsam gegen die gemeinsamen Feinde zu führen. Um dies zu ermöglichen, ist erste Vorbedingung, dass jedes patriotische Gefühl, jeder Gedanke, dass die Angehörigen anderer Länder minderwertig seien, dass die Arbeiter gleiche Interessen mit den Kapitalisten und Herrschenden des eigenen Landes haben, aus den Herzen der Proletarier gerissen werde. Ebenso muss jeder Gedanke für die Notwendigkeit eines Heeres aus dem Gefühlskreise der Arbeiter ausgerottet werden. Denn sie werden immer die im eigenen Lande geschaffene Armee als Geissel spüren, wenn sie es wagen, gegen den Kapitalisten vorzugehen.

---

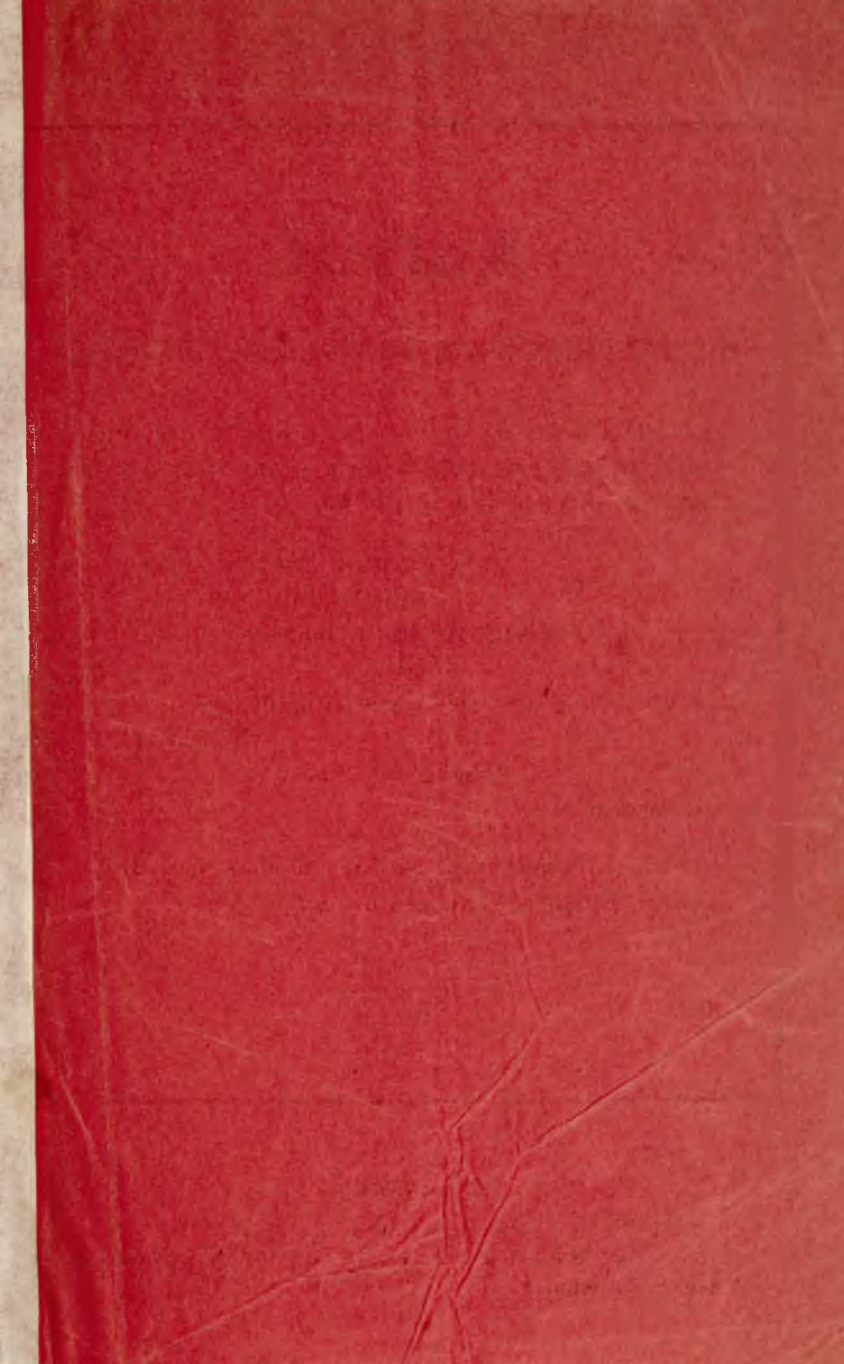
50 Jahren sind vergangen, seitdem die alte Arbeiterinternationale gegründet wurde. Sie ging zu Grunde an dem Streit zwischen Marx und Bakunin, welcher Streit in Wirklichkeit die scharfe, aber notwendige Auseinandersetzung zwischen Staatssozialismus und kommunistischen Anarchismus bedeutete. Nun ist in den Trümmern des Weltkrieges auch die sozialdemokratische Internationale zugrunde gegangen. Sie war weniger Arbeiter-, mehr Parteiinternationale, und scheiterte an den vorwiegend nationalen Interessen, die die Socialdemokratie haben muss. Aber, aus der heute zusammengebrochenen »modernen« Arbeiterbewegung wird eine neue Arbeiterbewegung sich entwickeln, die endlich ehrlich international wird, da sie auf staatsgegnerischer, anarchistischer Grundlage aufgebaut werden



muss. *Nur wenn der Anarchismus die Herzen der Arbeiter erfüllt, können alle nationalen Einflüsse aus der Arbeiterbewegung entfernt werden,* und es wird den Herrschenden dann unmöglich sein, wiederum in einen Weltkrieg die Arbeiter auf die Schlachtbank zu führen. Seine eigenen Interessen recht erkennend, wird das Proletariat nur für diese in den Kampf treten. Dieser Kampf wird international gegen das internationale Ausbeutertum geführt werden.

Es lebe der internationale Befreiungskampf der Arbeiter!





Aufruf.

An die Genossen deutscher Sprache.

Alle diejenigen, die weitere Auskunft über die anarchistische Bewegung deutscher Zunge haben wollen, sind gebeten, sich an die Adresse:

R. Trindler, Ennet — Baden.
(Schweiz Ktn. Argau).
Geissberg, bei Meier, Badmeister,
oder
an den Verlag der »Solidaritet«, Kopenhagen
(Dänemark),
Slotsgade 37, Stuen,
zu wenden.

Dort wird ihnen jede weitere Auskunft über Brochüren, Zeitungen, Gruppen u. s. w. gegeben.

Druckfehler.

Bitte Seite 6, Zeile 6 von oben, zu lesen:
... ständiger Staaten als Vorbedingung für den demokratischen Sozialismus.









